



Abstimmung vom 24.11.2013

Der Vignettenpreis wird nicht erhöht

Abgelehnt: Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG)

Matthias Strasser

Empfohlene Zitierweise: Strasser, Matthias (2019): Der Vignettenpreis wird nicht erhöht. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

2012 unterbreitet der Bundesrat dem Parlament eine Botschaft zur Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz. Damit sollen knapp 400 Kilometer Kantonsstrasse ins Nationalstrassennetz überführt und mittels zweier Netzergänzungen Engpässe beseitigt werden. Von den dadurch anfallenden Mehrkosten von jährlich 305 Millionen Franken sollen 275 Millionen durch eine Erhöhung des Vignettenpreises von jährlich 40 auf 100 Franken gedeckt werden.

Im Nationalrat kritisieren insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der SVP die Erhöhung des Vignettenpreises als unverhältnismässig. Neben dem bundesrätlichen Vorschlag werden Alternativvorschläge für eine Preiserhöhung der Vignette auf 40, 70 oder 80 Franken diskutiert. Schliesslich einigen sich die Räte jedoch auf den bundesrätlichen Vorschlag, der Nationalrat nimmt ihn mit 102 zu 87 Stimmen ohne Enthaltungen, der Ständerat mit 37 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung an.

In der Folge ergreift ein Komitee um SVP-Nationalrat Wobmann und SVP-Nationalrätin Pieren das Referendum gegen die Erhöhung des Vignettenpreises. Dieses kommt bereits nach drei Monaten mit 107 424 gültigen Unterschriften zustande. In der Folge sagen auch Auto Schweiz, der TCS, einige ACS-Sektionen und der Gewerbeverband dem Referendumskomitee ihre Unterstützung zu. Keinen Erfolg verzeichnet hingegen ein zweites Referendumskomitee unter der Führung des VCS, welches den Netzbeschluss aufgrund ihrer Ablehnung eines Ausbaus der Strassen ebenfalls verhindern will.

GEGENSTAND

Die Anpassung des Nationalstrassenabgabegesetzes sieht eine Erhöhung des Vignettenpreises von jährlich 40 auf 100 Franken sowie die Einführung einer Zweimonatsvignette zum Preis von 40 Franken vor. Damit verbunden ist die Änderung des Netzbeschlusses, die das Parlament von einem Ja zur Erhöhung des Vignettenpreises abhängig gemacht hat. Dieser soll knapp 400 Kilometer Kantonsstrasse ins Nationalstrassennetz überführen und sieht die Aufnahme von zwei Neubaustrecken bei Lausanne und Zürich sowie den Bau von mehreren Ortsumfahrungen vor.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Gegnerinnen und Gegner der Erhöhung des Vignettenpreises kritisieren den Preisaufschlag um 150% sowie die Tatsache, dass nur ein Teil der so generierten Gelder dem Strassenverkehr zugutekommen sollen. Auch die bei den Kantonen durch den Netzbeschluss freiwerdenden Gelder würden nicht notwendigerweise für den Strassenverkehr eingesetzt. Die SVP (bei drei abweichenden Kantonalsektionen) und die GLP fassen folglich die Nein-Parole. Auch die Grünen lehnen die Preiserhöhung ab, sie kritisieren aber den Ausbau der Strassen generell. Die SP beschliesst Stimmfreigabe.

Die Ja-Parole fassen FDP, CVP, EVP und BDP; Gewerkschaftsbund, Bauernverband und Gewerbeverband sagen ihnen ihre Unterstützung zu.

Auch die Konferenz der kantonalen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren begrüsst die Vorlage, weil sie die Kantone finanziell entlasten soll. Die Befürwortenden setzen die zahlreichen regionalen Projekte, die mit Hilfe des höheren Vignettenpreises umgesetzt werden könnten, sowie die steigende Sicherheit, die aufgrund der für Nationalstrassen geltenden höheren Standards zu erwarten sei, in den Mittelpunkt ihrer Kampagne.

ERGEBNIS

Das Stimmvolk lehnt die Erhöhung des Vignettenpreises und damit die von ihr abhängig gemachte Änderung des Netzbeschlusses bei einer Stimmbeteiligung von 53,6% mit einem Neinstimmen-Anteil von 60,5% ab. Die Vorlage findet in keinem Kanton eine Mehrheit.

Die Vox-Analyse verdeutlicht, dass die Parteiidentifikation für den Stimmentscheid eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Mehrheitlich befürwortet wird die Vorlage von Nicht-Autofahrenden (58% Ja), die Autofahrenden sprechen sich mehrheitlich (62% Nein) gegen sie aus. Eine Mehrheit der Stimmenden glaubte gemäss Vox-Analyse nicht, dass die Finanzierung des künftigen Nationalstrassennetzes nur mit der Erhöhung des Vignettenpreises erfolgen könne.

QUELLEN

Bieri, Niklaus, Nicolas Freymond und Suzanne Schär (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (12.018), 2008–2013*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 31.7.2018.

Heidelberger, Anja, und Thomas Milic (2014). *VOX 113. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 24. November 2013*. Bern: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 24.11.2013 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 12.018).

Bundesblatt: BBI 2012 745. BBI 2012 821.